

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Europa muss vor Ort erlebbar bleiben – Für eine regionalisierte europäische Kohäsionspolitik

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Europäische Union (EU) ist ein Erfolgsmodell für Deutschland und insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern. Die Zusammenarbeit in Europa hat maßgeblich zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Stabilität beigetragen.
2. Deutschland profitiert von der Zusammenarbeit in Europa. Als größte Wirtschaftsnation der EU gehen mehr als die Hälfte der deutschen Exporte in andere Mitgliedstaaten. Diese wirtschaftliche Kooperation sichert zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland.
3. Mecklenburg-Vorpommern ist seit der Deutschen Einheit im Jahr 1990 in erheblichem Maße durch die EU gefördert worden. Auch dank der EU-Förderung hat unser Land deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Die Modernisierung der Wirtschaft, die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, der Aufbau einer guten Infrastruktur, die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Integration von Erwerbssuchenden in den Arbeitsmarkt, die Stärkung der Bildung und die Bekämpfung der Armut in Mecklenburg-Vorpommern wären ohne die europäischen Mittel nicht in diesem Maße möglich gewesen.

- II. Die Landesregierung wird beauftragt, sich auf Bundesebene und auf europäischer Ebene für die Beibehaltung und Weiterentwicklung einer regionalisierten europäischen Kohäsionspolitik inklusive der gemeinsamen Agrarpolitik sowie der Regional- und Sozialfonds einzusetzen. Dies umfasst insbesondere
1. die Ablehnung der etwaigen Pläne der EU-Kommission zur Zentralisierung der Fördermittelvergabe und die Forderung nach einer regional verankerten Vergabep Praxis, die Regionen mitentscheiden lässt.
 2. die weitere Mittelvergabe an alle europäischen Regionen unter Berücksichtigung zusätzlicher Indikatoren wie sozioökonomische Faktoren, demografische Herausforderungen und klima- sowie umweltbezogene Kriterien.
 3. den Abbau administrativer Hürden und die Vereinfachung der Verfahren, um die Zugänglichkeit von Fördermitteln für lokale und regionale Akteure zu verbessern.
 4. die gezielte Unterstützung von ländlichen Räumen einschließlich Investitionen in Infrastruktur, digitale Konnektivität und soziale Dienstleistungen, um die Lebensqualität zu erhöhen und Abwanderung zu verhindern.
 5. die finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung der europäischen Anforderungen im Natur- und Umweltschutz (z. B. für die EU-Wiederherstellungsverordnung).
 6. die Förderung des grünen und digitalen Wandels, um die Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen zu sichern.
 7. eine stabile und langfristige Finanzierung sowie die Schaffung einer flexiblen Reserve für unvorhergesehene Krisen, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können.
 8. die Sicherstellung einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Kohäsionspolitik, die soziale Ungleichheiten abbaut und die Teilhabe aller Gruppen fördert.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Begründung:

Die EU-Kommission beabsichtigt laut Medienberichten eine grundlegende Reform der Kohäsionspolitik. Dazu gehört die Zusammenlegung wesentlicher Fonds, deren Mittel als pauschale Zuschüsse in nationale Haushalte fließen sollen. Dies würde nicht nur die Entscheidungsbefugnis von der regionalen auf die nationale Ebene verlagern, sondern auch die Transparenz und Wirksamkeit der Mittelvergabe gefährden.

Die Kohäsionspolitik ist ein zentrales Instrument der EU, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern. Die Einbindung lokaler und regionaler Akteure hat maßgeblich dazu beigetragen, die EU vor Ort sichtbar zu machen und die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen anzugleichen. Eine Zentralisierung der Mittelvergabe würde diese Errungenschaften gefährden und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem europäischen Projekt schwächen.

Besonders ländliche Räume sind auf gezielte Unterstützung angewiesen, um den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, moderner Infrastruktur und wirtschaftlichen Chancen sicherzustellen. Eine starke regionale Kohäsionspolitik ermöglicht es, den Herausforderungen von Entvölkerung, Alterung und wirtschaftlicher Schwäche wirksam zu begegnen.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sollte sich daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die bewährte Kohäsionspolitik in der EU erhalten bleibt und gestärkt wird. Insbesondere gilt es, die Förderstrukturen so anzupassen, dass sie weiterhin den Bedarfen der Regionen gerecht werden, ohne den Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig zu erhöhen.

Europa muss vor Ort spürbar bleiben – durch eine gerechte, nachhaltige und bürgernahe Kohäsionspolitik.